



Bezirk
Frankfurt

metallnachrichten

Metall- und Elektroindustrie Hessen

März 2006



Wer Krach will, soll Krach kriegen: Metallerrinnen und Metallerr bereiten sich überall auf Warnstreiks vor

Arbeitgeber kündigen weiter Blockade an

Wir müssen auf die Pauke hauen!

→ → → → → → → → Warum? Wann? Wo? → → →

Noch immer kein Angebot

Was sich bereits in der zweiten Runde abzeichnete, hat Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser am 15. März bestätigt: Auch in den dritten Runden Ende März und Anfang April soll es kein Angebot geben.

Eigentlich ist die Zeit bis Ende der Friedenspflicht dafür da, eine Lösung zu suchen. Die Arbeitgeber haben in den bisherigen Verhandlungen aber nichts dafür getan. Im Gegenteil: Sie haben die Lösungssuche blockiert. „Wir geben nichts“ und dreimal Nein zu unseren Forderungen waren ihre Antworten in Runde 1.

In Runde 2 haben sie das bekräftigt. Aber nicht nur das: Sie

haben Gegenforderungen draufgesetzt (s. unten) und eine zweijährige Laufzeit verlangt. Ein Angebot wollen sie erst machen, wenn hierüber verhandelt worden ist. Kannegiesser in einer Pressekonferenz am 15. März wörtlich: „Wir müssen in der dritten Verhandlungsrunde zunächst weitere Klarheit über diese Fragen gewinnen und wollen nicht mit einer Lohnzahl jonglieren.“

Als „Flucht in Verweigerungshaltung“ hat der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, diese Blockade kritisiert. „Die Jammerei ist peinlich“, hat er die Klagen der Arbeitgeber über angeblich zu hohe Arbeitskosten zurückgewiesen.

Auf nach Erfurt und Frankfurt

Auf die Blockade der Arbeitgeber kann es nur eine Antwort geben: Druck aus den Betrieben. Dafür mobilisieren wir am **Mittwoch, 22. März, in Frankfurt. Die Nordhessen fahren am Donnerstag, 23. März, nach Erfurt.**

Wer darauf wartet, dass die Arbeitgeber vor Ablauf der Friedenspflicht mit einem verhandelbaren Angebot überkommen, wartet vergebens. Sie wollen die Kraftprobe. Also müssen wir sie mit unserer Kraft überzeugen. Den Auftakt zu dieser „Überzeugungsarbeit“ machen wir in Hessen am 22. März, 17 Uhr, im Saalbau Frankfurt-Griesheim.

„Jetzt geht’s los!“ Unter diesem Motto sollen in Hessen und in

Thüringen die Säle öffentlich wahrnehmbar beben. Hauptredner sind bei beiden Veranstaltungen der Zweite Vorsitzende unserer IG Metall, Berthold Huber, und unser Bezirksleiter Armin Schild. Daneben berichten Kolleginnen und Kollegen über die Stimmung in „ihren“ Betrieben. Ihr, Metallerinnen und Metaller aus Hessen, seid aufgerufen, die Säle an diesen beiden Tagen zum Beben zu bringen. Wir wollen den Arbeitgebern und der Öffentlichkeit in großer Zahl deutlich machen: Wir lassen uns nicht länger hinhalten und provozieren. Ab Ende der Friedenspflicht, ab 29. März, null Uhr, gibt es Warnstreiks, dass es kracht.

Wir sollen Geld und Arbeitszeit hergeben

Zu unseren Forderungen gibt’s von den Arbeitgebern nicht nur kein Angebot. Sie stellen auch noch unverschämte Gegenforderungen.

Zwei Jahre Laufzeit: Die Arbeitgeber wollen nichts geben, machen kein Angebot, stellen Gegenforderungen. Dafür wollen sie zwei Jahre Laufzeit. Unverschämter geht’s kaum.

Beschäftigte sollen Neueinstellungen bezahlen: Gesamtmetall-Chef Kannegiesser hat „angeboten“, den Beschäftigungsaufbau in den Unternehmen „durch Erleichterungen bei der Arbeitszeit“ zu „fördern“. „Pro Prozent mehr Beschäftigung ein Plus von zehn Minuten pro Woche für die Beschäftigten“, hat der Arbeitgeber-Vor-

sitzende von Südwestmetall, Otmar Zwiebelhofer, präzisiert. Richtig ist: Längere Arbeitszeit würde Arbeitsplätze vernichten statt schaffen. Sie würde die Zahl möglicher Neueinstellungen – etwa in einem Aufschwung – verringern. Und diese Neueinstellungen wollen sich die Arbeitgeber dann auch noch von den Beschäftigten bezahlen lassen.

Betriebliche Komponente: Die Arbeitgeber wollen, dass die Betriebe abhängig von ihrer konjunkturellen Entwicklung tarifliche Leistungen kürzen können. Sie sollen das ohne die Tarifparteien regeln können. Ein Versuch, durch die Hintertür Betriebsräte und Belegschaften erpressbar zu machen. Wir sagen: Die Menschen haben nicht einen Wahlsieg von Union und FDP ver-

hindert, um sich von den Arbeitgebern den Schutz der Tarifverträge kaputtmachen zu lassen.

Extra-Tarifvertrag für produktionsferne Bereiche: Beschäftigte im Versand, in Buchhaltung, Instandhaltung, Werkslogistik etc. sollen weniger verdienen und länger arbeiten. Das soll ein Extra-Vertrag regeln. Er würde die Belegschaften spalten und betriebliche Konflikte schüren. Denn was ist produktionsfern und was nicht? Außerdem: ERA regelt, dass ausschließlich nach Anforderung eingruppiert wird. Das reicht.

Reallohnverlust: Erst wenn über diese Punkte Klarheit herrsche, könne man über eine Tarifierhebung in Höhe des Produktivitätsfortschritts reden. Den be-



Richtige Frage: Doch die Arbeitgeber wollen nichts geben

ziffern die Arbeitgeber mit maximal 1,2 Prozent. Und das ist ihre dickste Unverschämtheit: Höchstens 1,2 Prozent, die sie Euch vorher an anderer Stelle aus der Tasche ziehen wollen. Gründe genug, ihnen Druck zu machen.